

Diakonisches Handeln ist ein Grundauftrag der Kirche. Die Bekämpfung der Armut, auch in der Schweiz, gehört wesentlich zu diesem Auftrag. Deshalb unterstützt die Schweizer Bischofskonferenz ausdrücklich die Erklärung «Armut halbieren» von Caritas Schweiz.

Mgr. Dr. Kurt Koch, Bischof von Basel, Präsident
 Mgr. Norbert Brunner, Bischof von Sitten, Vizepräsident
 Mgr. Bernard Genoud, Bischof von Lausanne-Genf-Freiburg
 Mgr. Pier Giacomo Grampa, Bischof von Lugano
 Mgr. Markus Büchel, Bischof von St. Gallen
 Mgr. Dr. Vitus Huonder, Bischof von Chur
 Mgr. Joseph Roduit CRA, Abt von St-Maurice
 Mgr. Martin Werlen OSB, Abt von Einsiedeln

Die unterzeichnenden Organisationen und Institutionen unterstützen die in der Erklärung «Armut halbieren» formulierten Massnahmen zu einer nachhaltigen Bekämpfung der Armut in der Schweiz. Sie verpflichten sich darüber hinaus, entsprechend ihren Möglichkeiten, selber oder im Verbund mit anderen Organisationen dazu einen wirksamen Beitrag zu leisten.

Bethlehem Mission Immensee; Caritas Aargau; Caritas beider Basel; Caritas Bern; Caritas Freiburg; Caritas Genf; Caritas Graubünden; Caritas Jura; Caritas Luzern; Caritas Neuenburg; Caritas St. Gallen; Caritas Thurgau; Caritas Waadt; Caritas Zürich; Curaviva – Verband Heime und Institutionen Schweiz; Fastenopfer; Franziskanische Gemeinschaft der deutschen Schweiz; Hochschule Luzern – Soziale Arbeit; Institut für Heilpädagogik und Psychotherapie Luzern (IHP); Institut Ingenbohl; Institut Menzingen; Interteam – Fachleute im Entwicklungseinsatz; Jungwacht Blauring; KAB Katholische Arbeitnehmerinnen-/ Arbeitnehmer-Bewegung Schweiz; Kinderhilfe Bethlehem; Kloster Einsiedeln; Kloster Ilanz; Kongregation der Barmherzigen Brüder von Maria-Hilf; Personalverband der Caritas Schweiz; Pro Filia Schweiz; Rentner- und Rentnerinnenverband der Caritas; Schweizerische Vinzenzgemeinschaft; Provinzialat der Schweizer Kapuziner; Reusspark – Zentrum für Pflege und Betreuung; Schweizerische Caritasaktion der Blinden (CAB); Schweizer Kolpingwerk; Seraphisches Liebeswerk; Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax; Schweizerischer Katholischer Frauenbund SKF; Schweizerischer Katholischer Jugendverband; SolidarMed.

armut + halbieren

Erklärung der Caritas
 zur Bekämpfung der Armut
 in der reichen Schweiz.

Warum diese Erklärung?

Zur Jahrtausendwende hat die internationale Staatengemeinschaft im Rahmen der Uno beschlossen, bis 2015 die schlimmste Armut und den Hunger zu halbieren sowie den Zugang armer Menschen zu Bildung, Gesundheit und sauberem Wasser massiv zu verbessern. Gefordert sind vor allem die Regierungen der Entwicklungsländer. Die Industrieländer haben sich aber verpflichtet, sie dabei zu unterstützen, unter anderem mit mehr Entwicklungshilfe.

Armut gibt es ebenfalls in der reichen Schweiz, doch viele möchten davon nichts wissen. Die Armut nimmt nicht ab, selbst wenn die Wirtschaft wächst. In den nächsten Jahren wird die Zahl der Menschen in Armut vielmehr stark zunehmen. Dann werden die sozialen Verwerfungen der grossen Rezession, mit der wir gegenwärtig konfrontiert sind, erst richtig sichtbar werden.

Die Caritas ist beunruhigt über diese Entwicklung. Wir wissen aus unserer täglichen Arbeit, was es heisst, arm zu sein. Wir wissen aber auch: Armut muss nicht sein. Wir fühlen uns darum verpflichtet, Armut wieder zum zentralen gesellschaftspolitischen Thema zu machen.

Die Caritas fordert mit dieser Erklärung eine Dekade zur Bekämpfung der Armut in der Schweiz (2010–2020). Ziel dieser Dekade ist es, die Zahl der armutsbetroffenen Menschen zu halbieren

und das Risiko der sozialen Vererbung von Armut markant zu verringern.

Politik und Wirtschaft müssen ihre Anstrengungen verstärken, damit diese Vorgabe bis zum Jahr 2020 erreicht werden kann. Die sozialen Organisationen, die diese Erklärung unterzeichnen, werden ihren eigenen Beitrag leisten und genau verfolgen, ob die Armutspolitik des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, aber auch das Verhalten der Unternehmen und der Sozialpartner sich auf einem erfolgreichen und wirkungsvollen Pfad bewegt.

Die Caritas publiziert diese Erklärung im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010. Die Europäische Union erinnert mit diesem Jahr an eines der Ziele aus der so genannten Lissabonner Strategie, nämlich das Ausmass an Armut in Europa markant zu senken.

Wir fordern von 2010 bis 2020 eine Dekade der Armutsbekämpfung.



Wie viele Arme gibt es in der Schweiz?

Wer arm ist, befindet sich in einer prekären, schwierigen Lebenslage. Armut hat viele Facetten. Armutsbetroffene Menschen müssen mit knappen finanziellen Mitteln auskommen, sind oft arbeitslos oder gehen einer unsicheren Erwerbsarbeit nach.

Sie leben mit ihrer Familie in beengten und lärmigen Wohnverhältnissen, müssen mit gesundheitlichen Einschränkungen kämpfen, sind vielfach mit Spannungen in der Beziehung und im Zusammenleben mit den Kindern konfrontiert, und sie können wenig soziale Kontakte zu anderen pflegen. Kinder, die in solchen Haushalten aufwachsen, tragen ein grosses Risiko, als Erwachsene selber wieder zu den Armen zu gehören. Wie viele Menschen sich in der Schweiz in einer solchen prekären Lebenslage befinden, ist in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt. Manche in der Politik wollen es gar nicht so genau wissen. **Schätzungen besagen, dass jede zehnte Person in der Schweiz in einem Haushalt lebt, der von einem Erwerbseinkommen unterhalb der Armutsgrenze leben muss.**

Die meisten armutsbetroffenen Menschen können einen Anspruch auf Leistungen des Sozialstaates erheben. Nicht alle machen aber von ihrem Anrecht auf sozialstaatliche Unterstützung Gebrauch. Mehr als die Hälfte der armen Erwachsenen verzichtet auf sozialstaatliche Hilfe. Viele von ihnen tun dies, weil sie schlecht informiert sind und nicht wissen, dass sie einen Anspruch auf Unterstützung hätten.

Andere gehören zu den «Working Poor» und scheuen den Aufwand angesichts der geringen Unterstützung, die viele von ihnen erwarten dürfen. Oder sie haben als Migrantinnen und Migranten Angst vor einer Ausweisung. Schliesslich schämen sich viele ihrer Armut und fürchten sich vor stigmatisierenden Äusserungen.

Die Armutsquote der Personen im erwerbsfähigen Alter kann seit 1991 beobachtet werden. Sie schwankt in den vergangenen 15 Jahren stets zwischen sieben und neun Prozent. Eine markante tendenzielle Abnahme kann trotz vieler armuts-politischer Bemühungen nicht festgestellt werden. Bei der Sozialhilfequote lässt sich für den gleichen Zeitraum sogar eine leichte Zunahme beobachten. Die Entwicklung dieser beiden Sozialindikatoren muss zu denken geben. Ist die Sozialpolitik der Schweiz bei der Bekämpfung der Armut wirkungslos? Oder erzeugt der wirtschaftliche Strukturwandel immer mehr Arme und ist die Politik bereits erfolgreich, wenn die Armut nicht weiter zunimmt?



Wer ist arm in der Schweiz?

Nicht alle Menschen tragen das gleiche Risiko, arm zu werden. Es sind vor allem vier Faktoren, die das Armutsrisiko von Haushalten bestimmen: das Bildungsniveau, die Zahl der Kinder, der Wohnort und besonders die soziale Herkunft.

Wer wenig **berufliche Qualifikationen** mitbringt, ist in vielfältiger Weise vom Risiko betroffen, arm zu sein. Menschen mit geringer Ausbildung erzielen in der Erwerbsarbeit oft so geringe Lohneinkommen, dass sie davon nicht leben können, also zu den «Working Poor» gehören. Sie sind sehr viel häufiger langzeitarbeitslos und haben grössere Schwierigkeiten, wieder in den Arbeitsmarkt zurück zu kommen. Langzeitarbeitslosigkeit ist eines der grössten Armutsrisiken in der Schweiz.

Familien mit drei und mehr Kindern Selbst wenn beide Eltern berufstätig sind, reicht das Haushaltseinkommen zur Existenzsicherung nicht aus. Kinder zu haben, dies ist und bleibt in der Schweiz ein Armutsrisiko.

Kinder sind in unserem Land zu einem Armutsrisiko geworden.

Schliesslich bestimmt auch **der Wohnort** mit – genauer: die am Wohnort anzutreffenden steuerlichen und sozialstaatlichen Rahmenbedingungen –, ob ein Haushalt arm ist oder nicht. Die steuerlichen Belastungen, die Miete und die Krankenversicherung können – bei gleichem Bruttolohn – an einem Wohnort so gross sein, dass ein Haushalt trotz allen Sozialtransfers unter die kantonale Armutsgrenze fällt, während er in einem anderen Kanton noch nicht zu den Armen gerechnet werden muss.

Das grösste Armutsrisiko ist aber wohl die soziale Herkunft. Kinder aus armutsbetroffenen und bildungsfernen Haushalten tragen im Vergleich zu den Kindern aus gut situierten Haushalten ein wesentlich grösseres Risiko, selber wieder als Erwachsene zu den Armen zu zählen. Die Gesellschaft Schweiz ist eine Gesellschaft von Schichten, die wenig durchlässig sind. Einmal arm, immer arm! Dies gilt noch immer in besonderem Masse für unser Land. Der soziale Aufstieg gelingt nur wenigen. Die Schweiz gehört sogar zu jenen weit fortgeschrittenen Ländern, in denen die soziale Mobilität im internationalen Vergleich besonders gering ausfällt und die Chancengerechtigkeit bei weitem nicht realisiert ist.

Unter diesem Blickwinkel rückt vor allem die erste Lebensphase in den Vordergrund. Es geht um das Kindeswohl und um die Chance für alle Kinder, in einem guten Umfeld aufwachsen zu dürfen. In den ersten Jahren brauchen Kinder Anregungen für neue Erfahrungen. Sie suchen die Unterstützung durch Erwachsene, damit sie ihren natürlichen Drang, sich

Wissen anzueignen und sich ein Bild von der Welt zu machen, ausleben können. Leider wird längst nicht jedem Kind in der Schweiz sein Recht auf Bildung, Betreuung und Erziehung gewährt.

Faktoren wie Nationalität, Familienform, Gesundheit, Alter und Geschlecht verstärken das Armutsrisiko: Junge Menschen mit Migrationshintergrund weisen oft ein tiefes Bildungsniveau auf und sind darum besonders häufig auf Unterstützungsleistungen der Sozialhilfe angewiesen. Alleinerziehende Mütter kämpfen nach ihrer Trennung und Scheidung ebenfalls mit knappen finanziellen Mitteln und müssen oft wegen der zu tiefen Alimenter oder der ungenügenden Alimenterbevorschussung Sozialhilfe beanspruchen. Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen riskieren, ihre Anstellung zu verlieren. Weil die Invalidenversicherung sehr streng geworden ist, müssen auch sie in vielen Fällen von der Sozialhilfe unterstützt werden. Zahlreiche Betagte haben während ihres Lebens nur wenig verdient und müssen sich mit der AHV und den Ergänzungsleistungen über die Runden bringen.

Der globale Wettbewerbsdruck erzeugt Armut in der Schweiz.

Warum gibt es Arme in der Schweiz?

Der wirtschaftliche Strukturwandel ist vor dem Hintergrund des fortschreitenden Globalisierungsprozesses und des damit einhergehenden Standortwettbewerbs wohl die wichtigste Ursache für die heutige Armut in der Schweiz.

In ihrem Streben nach hoher internationaler Wettbewerbsfähigkeit konzentrieren sich die Unternehmen auf die kapital- und wissensintensiven wirtschaftlichen Tätigkeiten. Diese erfordern sehr gut ausgebildete Arbeitskräfte.

Unternehmensaktivitäten mit tiefem Anforderungsprofil werden durch Maschinen ersetzt oder in Länder mit tieferen Löhnen verlagert. **So mangelt es vor allem im industriellen Sektor an Jobs für wenig qualifizierte Erwerbstätige.** Im Dienstleistungssektor wiederum müssen die Kunden sehr vieles selber übernehmen, was früher durch Angestellte erledigt wurde, sei dies im Detailhandel, im öffentlichen und privaten Verkehr oder im Freizeitbereich.

Der heutige Dienstleistungssektor trägt jedenfalls auch dazu bei, dass Menschen in Armut geraten – sei es, dass sie mit den tiefen Löhnen nicht genug verdienen, sei es, dass sie jene Kompetenzen nicht mitbringen, die zu einer dauerhaften Beschäftigung führen könnten.

Die skizzierte Entwicklung wird durch eine illusionäre Migrationspolitik verstärkt, die vorgibt, die Zahl und die arbeitsmarktbezogene Qualität der Migrantinnen und Migranten steuern zu können. Dem widerspricht nicht nur der umfangreiche Familiennachzug, der im Bildungsbereich noch immer viel zu wenig berücksichtigt wird, sondern auch der anhaltende Zustrom an wenig qualifizierten Erwerbspersonen aus dem Ausland in Branchen wie der Landwirtschaft oder dem Gastgewerbe, die nach wie vor – zumindest saisonal – auf Tieflohnbeziehende angewiesen sind. Die hohe Dunkelziffer an «Sans-Papiers», die sich in der Schweiz aufhalten, belegt die sektorielle Nachfrage nach wenig qualifizierten, billigen Arbeitskräften zusätzlich.

Der soziale Wandel führt zu einer Vielfalt familiärer Lebensformen. Diese Entwicklung ist eine zweite entscheidende Ursache für die Armut in der Schweiz. Denn trotz dieser Veränderungen dominiert noch immer die Vorstellung, dass die Familie primär Privatsache ist. Eine solche Haltung kommt in der wenig entwickelten Familienpolitik zum Ausdruck. Der Familienlastenausgleich deckt die Kosten von Kindern nur ungenügend ab. Im Gegenteil: die Ausgaben der Familien für Gesundheit und Bildung steigen schneller an als die Erwerbseinkommen und die Sozialtransfers, und sie reduzieren die frei verfügbaren Einkommen immer stärker.

Hinzu kommt, dass die Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie für Frau und Mann noch immer nicht gegeben ist. Dies begründet ganz wesentlich, warum Frauen – und zwar vor allem Alleinerziehende – auf dem Arbeitsmarkt noch immer benachteiligt sind und darum auch höhere Armutsrisiken haben als Männer. Alleinerziehende und Familien mit mehr als zwei Kindern sind besonders häufig auf die materielle Unterstützung durch den Sozialstaat angewiesen.

Menschenrechte und unser Engagement zur Bekämpfung der Armut.

Das Leitbild der Caritas beruht auf der Vision einer Welt, in der die fundamentalen Menschenrechte verwirklicht sind, insbesondere auch die sozialen und kulturellen Grundrechte: «Wir setzen uns ein für eine Welt, die sich von Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden leiten lässt; welche die unantastbare Würde und die Rechte eines jeden Menschen respektiert; deren Stärke sich am Wohl der Schwachen misst; die anerkennt, dass der Reichtum und die Fülle der Schöpfung das gemeinsame Gut aller Menschen sind; in der alle Menschen Zugang zu Nahrung, Wasser, Gesundheit, Bildung und Arbeit haben.»

Als Konsequenz aus diesen Grundsätzen verpflichtet sich die Caritas für den gesellschaftlichen Kontext der Schweiz unter anderem dazu: «Wir treten ... für eine gesellschaftliche Integration der sozial Schwachen ein. Wir tun dies, indem wir die soziale Entwicklung in der Schweiz beobachten, gesellschaftliche Probleme benennen und Lösungsvorschläge formulieren; uns gegen Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung wehren; Menschen in Not beistehen; zukunftsweisende Projekte durchführen, die einen Beitrag zur Lösung von sozialen Problemen leisten ...»



Diese Grundsätze werden unter anderem in der Europäischen Sozialcharta konkretisiert. Für die Verhinderung und Bekämpfung von Armut in der Schweiz sind insbesondere folgende Rechte von Bedeutung:

- Jede Person muss die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt durch eine frei übernommene Tätigkeit zu verdienen.
- Alle Arbeitnehmer/innen haben das Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen.
- Alle Arbeitnehmer/innen haben das Recht auf ein gerechtes Arbeitsentgelt, das ihnen und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard sichert.
- Jede Person hat das Recht auf geeignete Möglichkeiten der beruflichen Bildung.
- Alle Arbeitnehmer/innen und ihre Angehörigen haben das Recht auf soziale Sicherheit.
- Jede Person hat das Recht auf Fürsorge, wenn sie keine ausreichenden Mittel hat.
- Jede Person hat das Recht, soziale Dienste in Anspruch zu nehmen.
- Die Familie als Grundeinheit der Gesellschaft hat das Recht auf angemessenen sozialen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz, der ihre volle Entfaltung zu sichern vermag.
- Jede Person hat das Recht auf Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Alle gesellschaftlichen Akteure in der Schweiz sind aufgerufen, mit ihren je eigenen Möglichkeiten zur Verwirklichung dieser Rechte beizutragen.

Was tun gegen die Armut in der Schweiz?

Ziel jeder Armutspolitik muss es sein, die Würde von armutsbetroffenen Menschen zu bewahren, ihnen einen Platz in der Gesellschaft bereit zu halten, eine materielle Absicherung zu gewähren, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zuzugestehen und Möglichkeiten zu bieten, damit sie aus der prekären Lebenslage herausfinden. Vor allem aber muss jede Armutspolitik alles tun, damit weniger Menschen in Armut geraten. Diese grundsätzliche Zielsetzung kann weiter präzisiert werden.

Die soziale Existenzsicherung steht am Anfang jeder wirkungsvollen Armutspolitik. Alle armen Menschen haben Anrecht auf eine materielle Unterstützung, die ihnen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Zur sozialen Existenzsicherung gehört aber mehr: eine gute Wohnung, eine psychisch und physisch stabile Gesundheit, soziale Kontakte und Chancen, sich beruflich weiterzuentwickeln. Diese Aufzählung macht deutlich, dass Armutspolitik eine Querschnittspolitik ist, die in vielen verschiedenen Politikfeldern gemacht wird: in der Sozialpolitik ebenso wie in der Steuerpolitik, in der Bildungspolitik gleichermaßen wie in der Gesundheitspolitik, in der Arbeitsmarktpolitik wie in der Migrationspolitik.

Eine zweite wichtige Aufgabe einer wirkungsvollen Armutspolitik besteht darin, Wege aufzuzeigen, die aus prekären Lebenslagen herausführen. Dabei kommt dem Arbeitsmarkt eine Schlüsselrolle zu. Hier entscheidet sich, ob Menschen genügend Erwerbseinkommen erzielen können. Hier zeigt es sich, ob Arbeitslosigkeit zu Verarmung führt. Und hier wird auch erkennbar, ob Menschen aus der Sozialhilfe zurück in die Erwerbsarbeit finden. Dazu braucht es Integrationsangebote, welche die Beschäfti-

gungsaussichten der Betroffenen verbessern und sie befähigen, ihre Situation zu bewältigen. Im Zentrum dieser Angebote müssen der **Aufbau und die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit sein.** Dazu sind manche Voraussetzungen zu schaffen, die sich auf die finanzielle, gesundheitliche und familiäre Lage der Betroffenen beziehen können. Es braucht in diesen Situationen auch Angebote in einem zweiten Arbeitsmarkt. Sozialfirmen sind ein Instrument, dank dem Menschen mit wenig Aussicht auf eine erfolgreiche berufliche Integration einer vorübergehenden oder sogar dauerhaften Erwerbsarbeit nachgehen können, ohne dass sie den Kontakt zum ersten Arbeitsmarkt verlieren.

Ohne nachholende Qualifizierung ist keine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt möglich. Ohne entsprechende Beschäftigungsaussichten aber auch nicht. Darum werden nicht alle den Weg zurück in den Arbeitsmarkt finden. Und nicht alle werden stattdessen eine Invalidenrente beziehen können.

Das ist auch nicht erwünscht. Die Medizinalisierung der Armut ist keine Lösung. Stattdessen muss die Sozialhilfe weiter entwickelt werden. Es ist zu prüfen, ob die Sozialhilfe ähnlich wie die Invalidenversicherung ausgestaltet werden soll. So könnte während einer festgelegten Dauer ein Sozialhilfe-Taggeld ausbezahlt werden, das dann in eine Sozialhilfe-Rente übergeht, wenn keine Aussichten auf eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt mehr bestehen. Damit wäre auch ein erster Schritt hin zu einem bedingungslosen und garantierten Grundeinkommen gemacht.

Die dritte zentrale Aufgabe einer wirkungsvollen Armutspolitik muss es sein, Armut erst gar nicht entstehen zu lassen. Es braucht dazu eine investitionsorientierte Sozialpolitik. Ihre Bemühungen sind nicht einfach als Sozialausgaben zu betrachten. Es handelt sich vielmehr um eine Investition in die Zukunft. Armut zu vermeiden ist letztlich auch finanzpolitisch billiger als die negativen Folgen von Armut zu bekämpfen. Armut zu vermeiden heisst konkret, im Lebenslauf jene Momente ins Auge zu fassen, in denen die entscheidenden Weichen gestellt werden. Das beginnt in den Familien, wo das Kindeswohl nicht immer in ausreichendem Masse beachtet wird. Wer ohne genügende Sprachkenntnisse und soziale Kompetenzen in die Schule muss, riskiert schon früh, ausgegrenzt zu werden. Wer später keine Berufsausbildung absolviert, wird kaum je einen festen Arbeitsplatz finden und auch sonst an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Und wer keine gute und sinnvolle Arbeit verrichten kann, wird im Moment der Familiengründung rasch zu den «Working Poor» gehören und für lange Zeit auf staatliche Hilfe angewiesen sein.

Der Bildung kommt bei der Armutsbekämpfung eine Schlüsselrolle zu.



Was wir von der Politik erwarten.

Die Schweiz braucht eine nationale Armutsstrategie, die sich an den Vorgaben der sozialen Existenzsicherung, an der sozialen und beruflichen Integration sowie an der Vermeidung von Armut orientiert. Ziel dieser Strategie muss es sein, die Zahl der Armen in den nächsten zehn Jahren zu halbieren und das Risiko der sozialen Vererbung von Armut markant zu verringern.

Konkret fordert die Caritas, dass sich Politik und Wirtschaft an vier strategischen Leitlinien orientieren:

- **Armut erkennen und dokumentieren;**
- **die Grundsicherung in der Sozialhilfe landesweit verbindlich regeln;**
- **Sozialfirmen fördern;**
- **allen eine Ausbildung ermöglichen.**

Armut erkennen und dokumentieren

Der Bund und die Kantone müssen kontinuierlich über die Wirkung ihrer Armutspolitik Bericht erstatten. Im Rahmen einer offenen Koordination muss der Bund mit den Kantonen verbindliche Ziele in der Armutspolitik aushandeln und mit Indikatoren den Zielerreichungsgrad messen und dokumentieren.

Die Grundsicherung in der Sozialhilfe landesweit verbindlich regeln

Der Bund muss ein Bundesrahmengesetz erarbeiten, worin grundlegende Aspekte der Existenzsicherung und der Integration verbindlich geregelt werden. Ebenso müssen die Unterstützungsbeiträge für den Grundbedarf festgeschrieben werden. Der Bund soll deshalb die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS als allgemein verbindlich erklären und die Zuständigkeiten für die soziale und berufliche Integration klar ordnen.

Sozialfirmen fördern

Es braucht mehr Arbeit für Menschen, die keinen Zugang zu normalen Arbeitsverhältnissen finden. Sozialfirmen können dies leisten. Der Bund und die Kantone müssen solche Sozialfirmen im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit zwischen Arbeitslosen- und Invalidenversicherung sowie der Sozialhilfe fördern.

Allen eine Ausbildung ermöglichen

Der Bund muss die Ausbildung so organisieren, dass alle Menschen ohne prinzipielle Alterslimite einen Berufsabschluss machen können. Dazu müssen die entsprechenden Gesetze zur Berufsbildung und zur Arbeitslosenversicherung angepasst und die notwendigen Mittel bereit gestellt werden. In der kantonalen und kommunalen Sozialhilfe muss das Management der Übergänge von der Familie zum Kindergarten und zur Schule sowie von der Schule zur Berufsausbildung deutlich verbessert werden, damit alle jungen Erwachsenen soweit kommen, dass sie zumindest eine Lehre absolvieren können.

Was Caritas tun wird.

Die Caritas intensiviert ihr Engagement in der Armutsbekämpfung. Sie will dies in vier Handlungsfeldern tun.

Armutspolitik systematisch beobachten

Caritas wird die Beobachtung bzw. das Monitoring der Armutspolitik des Bundes und der Kantone systematisieren. In einem jährlichen Bericht wird sie darlegen, wo in den verschiedenen Politikbereichen Fortschritte, aber auch Rückschläge zu verzeichnen sind. Ein besonderes Augenmerk wird sie dabei der Bildungs-, der Gesundheits-, der Arbeitsmarkt- sowie der Steuer- und Sozialpolitik schenken.

Sozialberatung verstärken


Caritas erweitert die Sozialberatung und die Überbrückungshilfen für Arme in prekären Lebenssituationen substantiell. Das heutige Angebot wird mit niederschweligen – zum Beispiel Internetbasierten – Instrumenten ergänzt. Kommen die Sozialberatungen gegenwärtig rund 15 000 Personen jährlich zugute, sollen dies in Zukunft 25 000 Personen sein.

Caritas-Märkte ausbauen

Die Caritas wird das Netz von Caritas-Märkten markant ausbauen und so armutsbetroffenen Menschen in der ganzen Schweiz die Möglichkeit geben, Güter des täglichen Bedarfs zu sehr günstigen Preisen einkaufen zu können. Konkret will die Caritas die Zahl der Caritas-Märkte auf 30 erhöhen.

Arbeitsplätze in Sozialfirmen schaffen

Die Caritas wird ihr bisheriges Angebot an Sozialfirmen erhöhen. Menschen, die Schwierigkeiten haben, sich sozial und beruflich zu integrieren, sollen vermehrt die Möglichkeit haben, sich fortzubilden und einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Konkret will die Caritas 1000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen für Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt keine Anstellung finden. Wo immer möglich wird sie sich darum bemühen, ihnen – nebst der beruflichen und sozialen Integration – einen Platz im ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.



Ein wichtiger Motor der Armutsbekämpfung ist die kontinuierliche Berichterstattung.